



Regierungsratsbeschluss vom 15. November 2022

Kantonale Volksinitiative "Kinderbetreuung für Alle"

P210998

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, der Änderung des Gesetzes betreffend Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz, TBG) vom 8. Mai 2019 betreffend § 2 Abs. 1 lit. b und § 8 Abs. 1^{bis} im Sinne eines Gegenvorschlags zur kantonalen Volksinitiative zuzustimmen.
3. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Stimmberechtigten zu empfehlen, die kantonale Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» abzulehnen und die Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes im Sinne des Gegenvorschlags «für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung» anzunehmen.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Volksinitiative betreffend «Kinderbetreuung für alle» den Stimmberechtigten im Kanton Basel-Stadt mit der Empfehlung auf Ablehnung vorzulegen. Der Initiative stellt der Regierungsrat den Gegenvorschlag «für eine bedarfsgerechte, finanziell tragbare und qualitativ hochwertige familienergänzende Kinderbetreuung» gegenüber. Mit dem Gegenvorschlag wird ein Massnahmenpaket vorgelegt, das das bestehende und bewährte System der familien- und unterrichtsergänzenden Kinderbetreuung bedarfsgerecht ausbaut und weiterentwickelt. Im Zentrum stehen eine massgebliche finanzielle Entlastung aller Eltern zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Aus- und Weiterbildung sowie die Verbesserung der Betreuungsqualität und der Arbeitsbedingungen. Das Massnahmenpaket ist damit ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel.

